

Frühjahrsempfang CSU-Kreisvorstand Günzburg

Freitag, 01. April 2022, ab 18:30 Uhr

Stadtsaal Krumbach

Dr. Schlögl-Straße 15, 86381 Krumbach

Impulsvortrag: Perspektiven der bayerischen
Wirtschaft vor dem Hintergrund aktueller Krisen
und Herausforderungen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung und die Gelegenheit, heute zu Ihnen zu sprechen.

Denn unser heutiges Zusammentreffen ist ja Ausdruck dessen, was in Krisenzeiten wie diesen besonders wichtig ist: Dass Politik und Wirtschaft eng zusammenstehen, um das Beste aus der schwierigen Situation zu machen.

CSU und vbw sind in der Corona-Krise eng zusammengestanden.

Genauso eng stehen wir in der momentanen Krise zusammen, die uns womöglich noch stärker erschüttern wird als die noch immer nicht überwundene Pandemie.

Meine Damen und Herren,

wir befinden uns inmitten einer Zeitenwende, die alte Gewissheiten komplett auf den Kopf stellt. Deshalb bin ich froh über unsere

gemeinsame Linie zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Gemeinsam verurteilen wir diesen Angriffskrieg auf das Schärfste, in dem wir – wie der Bayerische Ministerpräsident es treffend ausgedrückt hat – im Herzen alle Ukrainer sind.

Gemeinsam stehen wir hinter den Sanktionen, die unumgänglich sind, wenn wir die Demokratie und unsere Freiheit verteidigen wollen.

Und gemeinsam wollen wir alles tun, um den Schaden für die Unternehmen und damit für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land so weit wie möglich zu begrenzen.

Meine Damen und Herren von der CSU,

ich danke Ihnen und Ihrer Partei ausdrücklich für diese große Gemeinsamkeit!

Wir können alle zusammen nur hoffen, dass es in der Ukraine schnellstmöglich zu einem

Waffenstillstand und anschließend zu einer friedlichen Lösung kommt – auch wenn eine solche Entwicklung derzeit nicht absehbar ist.

Die Folgen des Krieges sind schon jetzt dramatisch. Sie betreffen in erster Linie die tapferen Menschen in der Ukraine, die nun schon seit fünf Wochen unermessliches Leid erfahren müssen.

Zudem hat die russische Invasion massive Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Schon heute ist klar, dass das globale Wachstum in diesem Jahr wegen des Krieges deutlich schwächer ausfallen und die Inflation rapide ansteigen wird.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat seine Wachstumsprognose für das globale Bruttoinlandsprodukt von +4,5 auf +3,5 Prozent gesenkt. Auch die OECD rechnet mit einem weltweiten Wachstum in dieser Größenordnung.

In Deutschland sind die Zahlen nicht besser, im Gegenteil.

Der Sachverständigenrat hat seine BIP-Prognose 2022 vorgestern aktualisiert und von +4,6 auf +1,8 Prozent drastisch nach unten korrigiert.

Auch andere Institute sehen nur noch ein gebremstes Wachstum.

Was aber bedeutet dies alles für die bayerische Wirtschaft?

An dieser Stelle darf nicht unerwähnt bleiben, dass Russland mit knapp über drei Milliarden Euro Exportvolumen – das sind 1,6 Prozent aller bayerischen Exporte – „nur“ Exportland Nummer 17 ist. Das bayerische Importvolumen aus Russland beträgt sechs Milliarden Euro – das entspricht drei Prozent aller Importe. Damit ist Russland unser Importland Nummer 10. Die Ukraine stand 2021 für 0,3 Prozent des bayerischen Außenhandels, ist diesbezüglich also von geringer Bedeutung.

Besonders hart trifft uns aber der weitgehende Zusammenbruch von Lieferketten aus der Ukraine, wo vor allem viele Autozulieferunternehmen produzieren.

An vielen bayerischen Standorten sind infolge dieser Entwicklung große Teile der Produktion zum Stillstand gekommen. Wegen des Mangels an Kabelbäumen haben die Hersteller zwischenzeitlich wieder Kurzarbeit einführen müssen.

Aus Umfragen unserer bayerischen Metall- und Elektroarbeitgeberverbände wissen wir zudem, dass die Importabhängigkeiten bei Rohstoffen wie Eisenerz und Aluminium nur schwer zu stemmen sind. Auch bei der Halbleiter-Versorgung droht eine weitere Verschärfung der bereits angespannten Situation, weil die ukrainische Produktion wichtiger Neon-Gase gestoppt werden musste.

Sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland beziehen wir Stahl, der als Vorprodukt in unzählige Güter einfließt. Aus Russland bezieht die Industrie unter anderem Nickel und Palladium. Die Lieferungen sind derzeit wegen der Sanktionen erheblich beeinträchtigt.

Auch die Logistik ist gestört. Der Speditionsversand von und nach Russland ist weitgehend eingestellt. Es gibt so gut wie keine Lkw-Fahrer mehr aus den betroffenen Ländern.

Problematisch ist wegen gestörter Transportwege aber auch der Warenaustausch mit Asien. Die Eisenbahnverbindung über die Ukraine nach Asien („Eiserne Seidenstraße“) ist gekappt. Schwierigkeiten bringt zudem die gegenseitige Sperrung der Lufträume EU-Russland. Ein nicht kleiner Teil des EU-Asien-Fracht-Transports erfolgte über russische Frachtlinien.

Der Seeweg als Alternative ist möglich, dauert aber deutlich länger und Frachtkapazitäten sind

für Wochen ausgebucht. Und vor allem: Die heimischen Transportunternehmen ächzen in unvorstellbarer Weise unter den gestiegenen Diesel-Preisen.

Die Bedrohung durch Cyber-Attacken aus Russland ist ebenfalls massiv. Die Gesamtauswirkungen auf die IT sollten nicht unterschätzt werden, da IT-Support – von Entwicklungsdienstleistungen bis hin zur Abwicklung der Abrechnungen – teilweise in die Ukraine verlegt wurde.

Die alles überlagernde Herausforderung ist aber die Sicherheit und die Preisentwicklung unserer Energieversorgung. Hier geht es für unsere Unternehmen wirklich ans Eingemachte!

Als Bayerische Wirtschaft können wir nur davor warnen, über die scharfen Sanktionen gegen Russland hinaus auch noch ein Energie-Embargo zu verhängen. Vor allem bei einem Gasboykott wären die Folgen für die Arbeitsplätze bei uns in

Deutschland und gerade in Bayern dramatisch – darüber müssen wir uns im Klaren sein!

Wir sind derzeit vom russischen Gas, russischen Öl und der russischen Kohle stark abhängig – 55 Prozent der deutschen Erdgasimporte, 35 Prozent des deutschen Erdölimporte und knapp 50 Prozent der deutschen Kohleimporte kommen aus Russland.

Was Bayern anbelangt, kommen 60 Prozent der Kohleimporte aus Russland und 45 Prozent der Erdöl- und Erdgasimporte.

Wichtig ist in Anbetracht dieser Zahlen auch, dass es zwar zu russischer Kohle und russischem Erdöl am Weltmarkt sehr teure Alternativen gibt. Bei Gas hingegen ist das leider nicht der Fall.

Die Gasfrage ist also die alles Entscheidende.

Die Situation ist bereits jetzt höchst angespannt. Sollten die Gaslieferungen aus Russland in die

EU teilweise oder in Gänze zu gestoppt werden, wird es sehr schnell noch kritischer.

Die Sicherung der Energieversorgung ist deshalb unser zentrales Ziel – auch wenn die sofort und schnell umsetzbaren Möglichkeiten hier begrenzt sind.

Sollte es zu einem Gasembargo aus Russland kommen, wären in Bayern Branchen mit mindestens 220.000 Beschäftigten direkt von der ausbleibenden Energieversorgung betroffen – hier geht es um die energieintensiven und gasabhängigen Branchen, ich nenne nur Chemie, Glas und Keramik, die Metallerzeugung und -verarbeitung mit den Gießereien und Stahlunternehmen, da ist Aluminium sowie die Nahrungsmittel- und Papierindustrie.

Die sekundären Effekte sind noch weitaus größer.

Bei vielen der eben aufgezählten Branchen handelt es sich um typische

Vorleistungsproduzenten, deren Produkte in zahlreichen anderen Branchen, zum Teil in der gesamten Wirtschaft als Vorprodukte einfließen:

- Die Gießereien und die Stahlindustrie
- Die Chemische Industrie, die Gas nicht nur als Energieträger, sondern auch als Produktionsstoff benötigt: in 95 Prozent aller Industrieprodukte sind chemische Grundstoffe oder Vorprodukte enthalten
- Die Papierindustrie: Verpackungen werden praktisch in allen Branchen und Unternehmen benötigt.

Wenn es in diesen Branchen zu Produktionsstopps kommt, würde sich das durch die kompletten Lieferketten ziehen und auch andere Produktionen zum Stillstand bringen!

Das würde auch weite Teile unserer Leitbranche, der M+E Industrie hart treffen.

Wir begrüßen es deshalb, dass die Bayerische Staatsregierung ebenso wie die Bundesregierung ein Energie-Embargo ablehnt. Wir dürfen uns mit den Sanktionen gegenüber Russland nicht am Ende selbst am meisten schaden! Nur eine starke Wirtschaft kann helfen!

Umgekehrt steht natürlich Russlands Drohung im Raum, selbst den Gashahn zuzudrehen – wenn russische Gas-Lieferungen nicht in Rubel bezahlt werden.

Deshalb hat das Bundeswirtschaftsministerium am Mittwoch die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aktiviert.

Das bedeutet zunächst nicht viel. Die Frühwarnstufe hat als erste von drei Stufen den Sinn, die aktuelle Versorgungslage in den einzelnen Regionen Deutschlands engmaschiger zu beobachten. Noch gibt es aber keine Versorgungsengpässe.

Die Aktivierung der Frühwarnstufe ist allerdings ein Alarmsignal. Kritisch wird es ab Stufe drei, der Notfallstufe. In diesem Fall liegt eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas, eine erhebliche Störung der Gasversorgung oder eine andere erhebliche Verschlechterung der Versorgungslage vor.

Vor dem geschilderten Hintergrund will ich die Politik auch heute dringend dazu aufrufen, die Interessen der Industrie im Notfallplan Gas zu verankern. Derzeit werden im Notfall, also bei Gasknappheit, nur private Gaskunden und „soziale Dienste“ – insbesondere Krankenhäuser – geschützt bzw. vordringlich bedient.

Die gewerbliche Wirtschaft wird nach aktuellen Regelungen sogar als erstes abgeschaltet, um den Verbrauch zu drosseln. Das darf so nicht bleiben! Wir brauchen hier ein differenziertes System, das auch besonders betroffene Industriebranchen aufnimmt und schützt.

Natürlich muss man jetzt auch versuchen, die Gasspeicher so weit wie möglich zu füllen und die nationale Reserve zu erhöhen. Zudem brauchen wir mehr Flüssiggas aus anderen Quellen. Doch LNG ist kurz und mittelfristig nicht die Lösung, da uns hier schlichtweg die Infrastruktur und die Logistik fehlen.

Dringend notwendig ist es deshalb auch, dass die noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke temporär weiterbetrieben werden.

Wir unterstützen hier ausdrücklich die Argumentation der Bayerischen Staatsregierung, dass die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke einen deutlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten kann. Diese Entscheidung drängt nun. Sie muss bis Sommer getroffen werden!

Eine weitere Option ist auch die Re-Aktivierung der Kohlekraftwerke.

Für uns ist klar: Durch Kern- und Kohlekraft können wir Gas, das für die Stromproduktion verwendet wird, einsparen. Dieses eingesparte Gas brauchen wir dringend für die Haushalte und die Industrie!

Ich will an dieser Stelle aber auch ganz klar festhalten: Wir dürfen uns trotz der gegenwärtigen Situation keinesfalls von unserem energiepolitischen Weg abbringen lassen.

Dieser Weg ist der ambitionierte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie sind in jeder Hinsicht die sauberste Lösung, und deshalb müssen wir bei ihrem Ausbau jetzt in Bayern und ganz Deutschland gewaltig aufs Tempo drücken!

Wir müssen hier gerade auch bei den grundlastfähigen Energieträgern Wasser und Biomasse zulegen, aber ebenso bei der Photovoltaik.

Wir brauchen natürlich auch die Windkraft. Ich will hier keine Ausbauzahlen in den Raum stellen. Nur eines will ich an dieser Stelle sagen: Jedes Windrad, das wir neu errichten, ist gut für Bayern und schlecht für Putin!

Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht außer Acht lassen: Strom aus Erneuerbaren Energien ist günstig. Wir alle erleben ja im Augenblick, dass die Energiepreise für Bürger und Wirtschaft geradezu durch die Decke schießen.

Die Rohölpreise haben sich durchschnittlich um 50 Prozent erhöht.

Die Preise für Steinkohle haben sich verdoppelt, die Preise für Erdgas haben sich sogar mehr als verdoppelt.

Hier brauchen wir also dringend Entlastung!

Das vom Koalitionsausschuss beschlossene zweite Entlastungspaket ist zwar ein richtiger

Schritt, reicht aber nicht aus. Die Maßnahmen sind insgesamt zu wenig, zu kurz und zu bürokratisch.

Die Abwicklung des Zuschusses über den Arbeitgeber verschiebt die staatliche Verantwortung auf die Unternehmen. Das kann nicht sein!

Zudem müssen dringend weitere effektive Sofortmaßnahmen folgen, die die Wirtschaft wirksam und schnell entlasten.

Der Politik muss klar sein, dass die Preissteigerungen bei Strom, Gas und Kraftstoffen alle Branchen treffen – und zwar unmittelbar.

Deshalb brauchen wir statt einer Reduzierung die Aussetzung der Energiesteuer!

Wir brauchen zudem:

- eine Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum und

– ein Aussetzen des nationalen CO2-Preises.

Meine Damen und Herren,

grundsätzlich gilt in diesen schwierigen Zeiten:

Wir brauchen bei allem, was auf zukommt,

weitere generelle Unterstützungsmaßnahmen!

Andernfalls werden viele Betriebe diese Krise

nicht überstehen.

Glücklicherweise wird gerade intensiv

nachgedacht – von Überbrückungshilfen bis hin

zu Kredithilfen ist viel möglich.

Bundeswirtschaftsminister Habeck hat ein

Programm angekündigt, das jedenfalls 15

Milliarden Euro umfassen soll. Ergänzende

Überlegungen gibt es auch in Bayern.

Die genannten Maßnahmen müssen aus

unserer Sicht Teil eines übergeordneten

Belastungsmoratoriums sein, das unseren

Unternehmen in dieser kritischen Phase eine

große Hilfe wäre.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Wirtschaft befindet sich auch in Bayern seit mittlerweile mehr als zwei Jahren im Krisenmodus. Wir unternehmen größte Anstrengungen, die einschneidenden Folgen der Pandemie zu überwinden.

Der Krieg in der Ukraine wirft uns hier aber weit zurück und wird zum Härtetest für unsere Unternehmen und die Arbeitsplätze in unserem Land.

Es geht jetzt darum, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren!

Uns allen muss jetzt klar sein: Nur eine gesunde Wirtschaft kann der Krise standhalten! Dem muss die Politik Rechnung tragen und weitere Zumutungen für die Unternehmen unterlassen.

Soweit zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Putins Angriffskriegs auf die Ukraine.

Darüber hinaus hat die völkerrechtswidrige Invasion Russlands auch eine Flüchtlingswelle ausgelöst, die bereits heute ungeahnte Ausmaße hat. Ganz Europa und auch wir in Bayern stehen vor großen Herausforderungen.

Klar muss sein, dass die Integration der ukrainischen Kriegsflüchtlinge nicht nur eine große staatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Sie ist für uns als Wirtschaft eine Herzensangelegenheit:

Wirtschaft hilft, wo Wirtschaft helfen kann!

Unsere Organisation engagiert sich seit 2015 gezielt für die Integration von Geflüchteten. Wir haben viel Erfahrung gesammelt. Darauf können wir nun aufbauen, schnell und vor allem zielgerichtet Lösungen anbieten.

Bereits damals haben wir mit der Staatsregierung kooperiert. Das läuft immer noch erfolgreich. Dabei gilt: Nirgendwo in Deutschland klappt die Integration in

Ausbildung und Arbeit so gut wie in Bayern. Das wollen und werden wir jetzt mit den geflüchteten Menschen aus der Ukraine wiederholen.

Die Geflüchteten, die mittel- und längerfristig bei uns bleiben, müssen sich eine neue Existenz aufbauen und brauchen dafür eine Perspektive. Der Weg in die Gesellschaft funktioniert über die Integration in den Arbeitsmarkt. Das ist unsere und meine persönliche, feste Überzeugung.

Aufbauend auf unsere langjährigen Erfahrungen haben wir am 29. März in enger Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Bayern die neue Initiative „sprungbrett into work für geflüchtete Menschen aus der Ukraine“ gestartet, die das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft umsetzt.

Sie finden die Initiative unter:

www.ukraine.sprungbrett-intowork.de

Auf unserer Plattform bringen wir die
Arbeitsangebote der Betriebe mit den
Interessen und Fähigkeiten der Geflüchteten
zusammen

- über eine zweisprachige Website,
- über eine zweisprachige Hotline,
- über Sprachkurse,
- über ein Kompetenzermittlungsverfahren,
- über unsere Taskforce FKS+, die aus
11 Personen besteht, die sich um nichts
anderes kümmern als die Organisation von
Integration in Arbeit,
- und über juristische Beratung für
Unternehmen.

Alle Tools sind für alle Unternehmen und
Geflüchtete nutzbar.

Meine Damen und Herren,
unser Anspruch als vbw ist es, denen, die ihre ukrainische Heimat verlassen mussten, eine Perspektive zu bieten. Wir wollen in Anbetracht der dramatischen Ereignisse einen sicheren Platz zum Leben und Arbeiten schaffen.

Meinen Damen und Herren,

ich will zum Schluss noch eine Bitte äußern:

Als Bayerische Wirtschaft brauchen wir angesichts der enormen Herausforderungen dieser Tage unbedingt politische Rückendeckung, nicht Gegenwind! Ich baue sehr darauf, dass Sie von der CSU uns hierbei in bewährter Weise unterstützen werden – denn diese Unterstützung brauchen wir.

Ich denke, wir alle hier wissen: Wir können uns in schwieriger Zeit aufeinander verlassen, wir stehen in der Krise zusammen.

Das ist gut für die Wirtschaft, das ist gut für die Arbeitsplätze, das ist gut für unsere bayerische Heimat, und das muss unser Markenzeichen auch in Zukunft bleiben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.